

Brunnenstuben als Zankapfel

Das Regierungspräsidium plant oberirdische Schutzbrunnen zur Grundwasserhaltung in Burkheim / Dagegen regt sich Widerstand

Von Thomas Rhenisch

VOGTSBURG-BURKHEIM. Anders als ursprünglich geplant, will das Regierungspräsidium Freiburg (RP) die Schutzbrunnen zur Grundwasserhaltung in Burkheim nicht mit unterirdischen, sondern mit über dem Boden liegenden Brunnenstuben versehen. In Vogtsburg stößt diese Idee auf wenig Gegenliebe (BZ berichtete). Wir zeigen im Überblick die Positionen und die Argumente für und gegen den oberirdischen Brunnenbau.

Worum geht es?

Im ursprünglichen Planfeststellungsbeschluss für den Hochwasserrückhalte- raum Breisach/Burkheim ist die gesamte Technik der Brunnen unter die Erde verlegt. An der Oberfläche wäre außer Kanaldeckeln aus Metall nichts zu sehen. Neue Untersuchungen des Untergrundes an den Brunnenstandorten haben aber eine sehr hohe Wasserdurchlässigkeit der Rheinkieschichten im Untergrund ergeben. Deshalb will das RP die Brunnenstuben jetzt an die Oberfläche verlegen. Ein entsprechender Änderungsantrag wurde

gestellt. Andernfalls, so die Argumentation des RP, könnte es durch das während des Baus der unterirdischen Brunnenstuben notwendige Abpumpen des Wassers zu einer großflächigen Absenkung des Grundwassers unter das niedrigste bislang gemessene Niveau kommen. Die Folge könnten Setzungen an den umliegenden Gebäuden sein.

So argumentiert das RP

„Allein aus Sicherheitsgründen sei daher die oberirdische Ausführung der Brunnenstuben geboten,“ heißt es in einem Schreiben des Regierungspräsidiums, an die Badische Zeitung. Kostenerwägungen spielten dagegen keine Rolle.

Wie die Planungsbehörde auf BZ-Anfrage mitteilt, entfallen auf die „binnenseitigen Schutzmaßnahmen“ – also den Bau von Brunnen, Pumpwerken und Grabensystemen außerhalb des Polders – rund ein Drittel der gesamten Investitionskosten für den Rückhalteraum. Ein Kostenvergleich zwischen oberirdischen und unterirdischen Brunnenstuben erübrige sich, weil „es nur eine technische Lösung gibt“.

Aber hätten die Eigenschaften des Untergrundes nicht schon vorher be-



So könnten die Brunnenstuben in Burkheim aussehen: Diese Fotomontage des Regierungspräsidiums Freiburg gibt den aktuellen Planungsstand der Behörde wieder.

FOTOMONTAGE: REGIERUNGSPRÄSIDIUM FREIBURG

kannt sein müssen? Laut Regierungspräsidium nicht. Dort argumentiert man, dass der Planfeststellungsbeschluss an jedem Brunnenstandort Probebohrungen zur Erkundung des Untergrundes vorschreibt. Diese Bohrungen seien im November 2020 von Fachfirmen auf dem Gebiet der Geotechnik und der Brunnenbautechnik durchgeführt worden. Danach lagen erstmalig Bodenproben vor, aus denen die hohen Bodendurchlässigkeiten ermittelt wurden. Dieser an sich positive Befund – die hohe Wasserdurchlässigkeit des Gesteins kommt der Grundwasserregulierung im Polderbetrieb zu Gute – gelte für alle Standorte in Burkheim und am Jägerhof, so das RP gegenüber der BZ.

Eine Absenkung der Brunnenstube in den Untergrund sei deshalb bei keinem der geplanten Brunnen möglich. Trotz der guten Eignung des Untergrundes für die Grundwasserregulierung könne zugleich auf keinen der Brunnen verzichtet werden, andernfalls sei eine flächige Grundwasserhaltung nicht erreichbar.

Die Gestaltung der Brunnenstuben will das RP mit den betroffenen Kommunen abstimmen. Auch sei eine kombinierte Nutzung der Häuschen beispielsweise als E-Ladestation oder Löschwasseranschluss denkbar. Die Genehmigung für die geänderte Planung erhofft sich das RP noch in diesem Jahr.

So argumentiert die Stadt Vogtsburg

Bei der Stadt Vogtsburg sieht man das anders. Vogtsburgs Bürgermeister Benjamin Bohn macht aus seinem Unmut und seiner Enttäuschung keinen Hehl. Der Ratshauschef bemängelt, dass das Bodengutachten, auf das sich die Planänderung beruft, der Stadt bislang gar nicht vorliege. Es sei der Stadt deshalb nicht möglich, die Notwendigkeit der Planänderung zu beurteilen.

Viele unterkellerte Häuser in dem Gebiet würden hingegen belegen, dass es dort trotz hohen Grundwasserstandes sehr wohl möglich sei, unterirdisch zu bauen. Auch vermisst Bohn eine differenzierte Betrachtung der einzelnen Brunnenstandorte. Die Planung sei intransparent, detaillierte Planzeichnungen zu den Brunnenhäuschen würden ebenfalls fehlen. Die Einhaltung von Abstandsgebieten oder die Auswirkungen auf Sichtbezüge im Verkehrsraum könne so nicht geprüft werden, bemängelt der Bürgermeister.

Bohn kritisiert auch, dass der Bevölkerung bei dem Änderungsverfahren keine Möglichkeit zur formalen Stellungnahme eingeräumt wird. So werde bei einem sensiblen Thema viel Vertrauen verspielt. Laut Bohn hätten viele Burkheimer die Brunnen in ihrer Nachbarschaft ohnehin sehr kritisch gesehen. Sie seien während der Planung des Rückhalteraaumes mit der

Zusage beruhigt worden, dass von den Brunnen außer einem Kanaldeckel nichts zu sehen sein werde. Entsprechend groß sei jetzt der Ärger. Viele würden sich fragen: „Was kommt als Nächstes?“

In einer Stellungnahme hat die Stadt die geänderten Pläne wegen der befürchteten massiven negativen Auswirkungen auf das Stadtbild und die Infrastruktur abgelehnt. Um diese negativen Auswirkungen zu minimieren, beantragt die Stadt, dass geprüft werden soll, ob nicht wenigstens einige der Brunnen ganz oder teilweise in den Boden versenkt werden können, oder ob nicht auch eine reduzierte Anzahl von Schutzbrunnen ausreicht.

Die Sicht der Bürgerinitiative

Der Stellungnahme der Stadt beigefügt sind Einwände von 15 Bürgern, die sich mit ähnlichen Argumenten gegen die oberirdischen Brunnenstuben wenden. Auch der neu gewählte Vorsitzende der Bürgerinitiative für eine vertrauliche Retention Breisach/Burkheim, Martin Bercher, fordert vom Regierungspräsidium mehr Transparenz. Hier gehe es ums Prinzip und um Glaubwürdigkeit. Grundsätzlich wäre es wünschenswert, wenn die Brunnenstuben unterirdisch gebaut würden, findet Bercher. Allerdings müssten die technischen Voraussetzungen dafür gegeben sein.



Nahansicht einer geplanten Brunnenstube